

ist, wenn ich nicht irre, vor nicht allzulanger Zeit einmal durch Ministerialerlaß gerügt worden). Der Prozentbetrag der Inhaberoptionenschulden scheint nämlich nach folgender Tabelle deutlich zu sinken:

	Gesamt- schulden	Inhaber- obligationen	In Prozent der Gesamtschulden
1876	400 Mill. ¹⁾	c. 240 Mill.	60
1905	3300 „ ²⁾	1700 „	52
1907	4100 „ ³⁾	2000 „	49

Wenn man aber die Zahlen für diesen Schluß als zu wenig zuverlässig nicht gelten lassen will, so kann man jedenfalls den Schluß bestimmt aus ihnen ziehen, daß die Ausnützung der übrigen Kreditquellen durchaus gleichen Schritt mit der Ausnützung des Rentenmarktes mittelst Inhaberpapieren hält. In Süddeutschland dagegen ist der Prozentsatz der Inhaberoptionenschulden vermutlich erheblich gestiegen.

Da die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern fast keine Inhaberoptionenschulden hatten und haben, so können wir die Inhaberoptionenschulden der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern in Beziehung zu der Gesamtbevölkerung der Provinzen setzen. Die gemeindliche Verschuldung mittelst Inhaberoptionen war dann in den Provinzen pro Kopf der Bevölkerung folgende:

	1876	1905 ⁶⁾	1907 ⁷⁾	1909 ⁶⁾⁷⁾
Ostpreußen	5	21	21	20
Westpreußen	1	9	14	22
Pommern	7	37	38	41
Posen	0,01	18	20	23
Schlesien	5	15	17	17
Brandenburg ⁴⁾ . . .	1	36	46	51
Sachsen	9	39	43	47
Hannover	3	20	19	21
Schleswig-Holstein .	4	55	68	75
Westfalen	5	23	29	33
Rheinprovinz	10	62	76	86
Hessen-Nassau	19	96	119	138
Preußen ⁵⁾	9	45	51	58

1) Vgl. S. 71 (geschätzt).

2) Vgl. S. 67.

3) Vgl. Tab. 5.

4) Ohne Berlin.

5) Mit Berlin.

6) Incl. Gemeinden mit weniger als 10 000 Einw.

7) Die Bevölkerung ist berechnet mittelst Addierung von $\frac{2}{5}$ bzw. $\frac{4}{5}$ der Vermehrung 1900 bis 1905 zur Bevölkerung von 1905.